

Antrag

des Abg. Jochen Haußmann u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration

Beleghebammen in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sie die Auswirkungen des seit 1. November 2025 geltenden neuen Hebammenhilfevertrags für freiberufliche Beleghebammen sowie weiter freiberufliche Hebammen bewertet;
2. ob ihr Erkenntnisse darüber vorliegen, welche wesentlichen Kostenunterschiede für eine Klinik zwischen dem Einsatz von angestellten Hebammen und Beleghebammen bestehen;
3. inwieweit ihr Erkenntnisse darüber vorliegen, in welchem Umfang die Refinanzierung des TvÖD-Abschlusses aus dem April über das Pflegebudget durch die Krankenkassen umgesetzt wird und damit auch verlässlich für Häuser, die jetzt die Hebammen wieder anstellen, umgesetzt werden kann;
4. ob ihr Informationen darüber vorliegen, dass Beleghebammen-Teams mit Umsatzrückgängen im hohen zweistelligen Prozentbereich infolge des neuen Hebammenhilfevertrags seit 1. November 2025 konfrontiert sind;
5. welche Erkenntnisse ihr darüber vorliegen, an welchen Klinikstandorten in Baden-Württemberg in welchem Umfang die Tätigkeit von Beleghebammen seit Jahresbeginn zurückgegangen ist bzw. wie viele von der Tätigkeit als Beleghebamme in das Angestelltenverhältnis gewechselt sind, mit der Angabe, ab wann die Änderungen wegen Kündigungsfristen wirksam werden;
6. wie sie den bürokratischen Mehraufwand – Stichwort analoge Quittierungsbögen – einschätzt, der sich nun durch den neuen Vertrag ergibt;
7. welche Chancen des Bürokratieabbaus sie durch eine gelingende Digitalisierung sieht;

Eingegangen: 17.11.2025/Ausgegeben: 15.12.2025

1

8. in welcher Weise sie aktiv werden wird, um bei der Sicherstellung der Qualität der Versorgung zu unterstützen und was sie unternommen wird, wenn sich eine deutliche Unterversorgung abzeichnet;
9. welche Erkenntnisse ihr darüber vorliegen, wie die seitens der entsprechenden Leitlinie und von der Gesetzlichen Krankenversicherung geforderte Eins-zu-eins-Betreuung in der Geburtshilfe umgesetzt wird.

17.11.2025

Haußmann, Reith, Fischer, Weinmann, Dr. Schweickert,
Karras, Dr. Jung, Bonath, Fink-Trauschel, Birnstock,
Hoher, Haag, Scheerer FDP/DVP

Begründung

Seit 1. November 2025 gilt ein neuer Hebammenhilfevertrag. Dieser führt zu deutlichen Vergütungsverschlechterungen, wenn gleichzeitig mehr als eine Geburt betreut wird. Die aktuellen Auswirkungen auf Baden-Württemberg sind zu eruieren.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 9. Dezember 2025 Nr. 51-0141.5-017/9884 nimmt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie sie die Auswirkungen des seit 1. November 2025 geltenden neuen Hebammenhilfevertrags für freiberufliche Beleghebammen sowie weiter freiberufliche Hebammen bewertet;*

Zu 1.:

Die Bundesländer sind keine Vertragspartner bei der Aushandlung des Hebammenhilfevertrags. Die Verantwortung für die Ausgestaltung der Versorgung mit freiberuflicher Hebammenhilfe liegt in den Händen der Selbstverwaltungsorgane von GKV-Spitzenverband und der Hebammen auf Bundesebene. Gleichwohl ist das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration in engem Austausch mit dem Hebammenverband Baden-Württemberg e. V. sowie einzelnen Beleghebammen-Teams im Land und beobachtet mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklungen im Bereich des geburtshilflichen Belegsystems.

Um Verbesserungen des Hebammenhilfevertrages auf Bundesebene zu erreichen, wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretungen der Vertragspartner gebildet, die ihre Arbeit mit Blick auf mögliche Umsetzungsschwierigkeiten aufgenommen hat, wie der GKV-Spitzenverband in einer Pressemitteilung vom 12. November 2025 berichtet. Der GKV-Spitzenverband hat darin einige konkrete Verbesserungsvorschläge zur flexibleren Umsetzung benannt.

In Baden-Württemberg konnten die Kliniken mit den betroffenen Beleghebammen-Teams in der Regel Einigungen erzielen und nachhaltige und flexible Lösungen für den Übergang in ein Angestelltensystem finden. Lediglich in Bezug auf eine Belegklinik in Rottweil konnte bis zum jetzigen Zeitpunkt keine tragfähige Lösung gefunden werden, obwohl nach hiesigem Kenntnisstand entsprechende Gesprächsangebote der Klinikleitung gegenüber den Hebammen vorliegen. Nach derzeitigem Kenntnisstand geht das Ministerium für Soziales, Gesundheit und

Integration davon aus, dass eine bedarfsgerechte geburtshilfliche Versorgung im Land weiterhin gewährleistet ist.

- 2. ob ihr Erkenntnisse darüber vorliegen, welche wesentlichen Kostenunterschiede für eine Klinik zwischen dem Einsatz von angestellten Hebammen und Beleghebammen bestehen;*

Zu 2.:

Dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration liegen hierzu keine Erkenntnisse vor. Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft e. V. (BWKG) teilt auf Nachfrage mit: Für die Beleghebammen zahlen die Kliniken kein Arbeitsentgelt aus, sondern die Beleghebammen rechnen ihre Leistungen direkt mit der Krankenkasse ab. Dementsprechend erhält das Krankenhaus für diese Leistungen auch nur die DRG-Erlöse (Diagnosis Related Groups, d. h. diagnosebezogene Fallgruppen), welche um die Erlösanteile für die Hebammen reduziert sind. Für weitere Tätigkeiten, die die Beleghebammen für die Klinik übernehmen, bestehen Kooperationsverträge zwischen den Beleghebammen und der Klinik, z. B. für die Sicherstellung der Präsenz- und Rufbereitschaftsdienstzeiten oder PDA-Assistenz (Periduralanästhesie). Hierfür entstehen den Kliniken Kosten für Beleghebammen, welche sie bei den angestellten Hebammen nicht gesondert vergüten. Teilweise zahlen die Krankenhäuser auch Zuschüsse zur Sicherstellung der Haftpflichtversicherung oder zu den Fahrtkosten. Die Kosten zur Sicherstellung der Haftpflichtversicherung oder Fahrtkosten sind in den DRG-Pauschalen enthalten.

- 3. inwieweit ihr Erkenntnisse darüber vorliegen, in welchem Umfang die Refinanzierung des TvÖD-Abschlusses aus dem April über das Pflegebudget durch die Krankenkassen umgesetzt wird und damit auch verlässlich für Häuser, die jetzt die Hebammen wieder anstellen, umgesetzt werden kann;*

Zu 3.:

Die BWKG teilt hierzu mit, dass die Krankenkassen bislang eine flächendeckende Refinanzierung der Höhergruppierung in die P11 über das Pflegebudget nicht mittragen würden. Laut Auskunft der BWKG sähen die Krankenkassen eine regelhafte Einstufung in P8 und eine Eingruppierung in P9 und P11 nur in begründeten Ausnahmefällen als sachgerecht an. Der BWKG sind aktuell keine Einigungen auf Ortsebene hierzu bekannt. Der Hebammenverband Baden-Württemberg e. V. hat auf Nachfrage mitgeteilt, dass 19 Kliniken in Baden-Württemberg die Eingruppierung nach P11 umsetzen, davon sechs Kliniken im ehemaligen Belegsistem.

- 4. ob ihr Informationen darüber vorliegen, dass Beleghebammen-Teams mit Umsatzrückgängen im hohen zweistelligen Prozentbereich infolge des neuen Hebammenhilfevertrags seit 1. November 2025 konfrontiert sind;*

Zu 4.:

Dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration liegen keine gesicherten Erkenntnisse über Umsatzrückgänge vor.

Laut Auskunft des Hebammenverbands Baden-Württemberg e. V. ergab eine aktuelle Auswertung eines Abrechnungsdienstleisters Mitte November 2025, dass deutschlandweit mit Umsatzeinbußen von mindestens 20 Prozent zu rechnen sei. Diese Schätzung basiert jedoch auf Abrechnungsdaten von weniger als 1 000 Geburten, was aus fachlicher Sicht nicht als repräsentative oder belastbare Aussage angesehen werden kann.

5. *welche Erkenntnisse ihr darüber vorliegen, an welchen Klinikstandorten in Baden-Württemberg in welchem Umfang die Tätigkeit von Beleghebammen seit Jahresbeginn zurückgegangen ist bzw. wie viele von der Tätigkeit als Beleghebamme in das Angestelltenverhältnis gewechselt sind, mit der Angabe, ab wann die Änderungen wegen Kündigungsfristen wirksam werden;*

Zu 5.:

Der Hebammenverband Baden-Württemberg e. V. teilt hierzu folgende Übersicht zu den Klinikstandorten mit:

Klinikstandort	gekündigt zum	Wechsel ins Angestelltenverhältnis
Nürtingen	01.01.2026	Ja
Schwetzingen	unbekannt	Ja
Wangen	01.11.2025	Ja
Öhringen	01.11.2025	Ja
Schwäbisch Hall	01.11.2025	Ja
Rottweil	01.03.2026	bisher nicht geplant
Bruchsal	unbekannt	in Verhandlungen
Crailsheim	unbekannt	in Verhandlungen

Zum Umfang der Kündigungen und zur Anzahl der Hebammen, die ins Angestelltenverhältnis gewechselt sind, hat der Hebammenverband Baden-Württemberg e. V. keine weiteren Informationen übermittelt.

6. *wie sie den bürokratischen Mehraufwand – Stichwort analoge Quittierungsbögen – einschätzt, der sich nun durch den neuen Vertrag ergibt;*

Zu 6.:

Dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration liegen hierzu keine Erkenntnisse vor. Auf Anfrage teilt der Hebammenverband Baden-Württemberg e. V. mit, dass insbesondere die Abrechnung von Patientinnen mit unterschiedlicher Prozentzahl sehr komplex sei und einen erheblichen Mehraufwand im Vergleich zu den vorherigen Abrechnungsbögen darstelle.

7. *welche Chancen des Bürokratieabbaus sie durch eine gelingende Digitalisierung sieht;*

Zu 7.:

Durch den Einsatz digitaler Technologien können Prozesse grundsätzlich effizienter und transparenter gestaltet werden. Dies kann auch für die Dokumentationspflichten von Hebammen von Mehrwert sein.

8. *in welcher Weise sie aktiv werden wird, um bei der Sicherstellung der Qualität der Versorgung zu unterstützen und was sie unternehmen wird, wenn sich eine deutliche Unterversorgung abzeichnet;*

Zu 8.:

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration ist in einem engen und kontinuierlichen Austausch mit der BWKG sowie dem Hebammenverband Baden-Württemberg e. V.

Das oberste Ziel der Landesregierung ist es, eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige geburtshilfliche Versorgung sicher zu stellen. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration wird den Hebammenverband Baden-Württemberg e. V. zeitlich befristet mit einer finanziellen Zuwendung zur Beauftragung juristischer Expertise unterstützen. Ziel dieser Maßnahme ist es, die Hebammen in

Baden-Württemberg dabei zu unterstützen, auf die notwendigen Veränderungen durch den Hebammenhilfvertrag reagieren und sich zukunftsfest für eine gute und bedarfsgerechte geburtshilfliche Versorgung im Land aufstellen zu können.

Darüber hinaus unterstützt das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration mit einem weiteren Förderaufruf seit November 2025 zwölf Kliniken beim Aufbau oder der qualitativen Weiterentwicklung ihrer Hebammenkreißsäle. Die Förderung der Hebammenkreißsäle dient der Unterstützung der physiologischen Geburt und der Selbstbestimmtheit der Frauen sowie einer Stärkung der im Kreissaal arbeitenden Hebammen. Die Einrichtung eines Hebammenkreißsaales fördert nachweislich die Arbeitszufriedenheit der Hebammen.

Nach derzeitigem Kenntnisstand geht das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration davon aus, dass eine bedarfsgerechte geburtshilfliche Versorgung im Land weiterhin gewährleistet ist.

9. welche Erkenntnisse ihr darüber vorliegen, wie die seitens der entsprechenden Leitlinie und von der Gesetzlichen Krankenversicherung geforderte Eins-zu-eins-Betreuung in der Geburtshilfe umgesetzt wird.

Zu 9.:

Es wird auf die Antwort zu Ziffer 4 der Drucksache 17/8750 verwiesen. Ergänzend teilt der Hebammenverband Baden-Württemberg e. V. mit, dass in einer ersten Auswertung eines Abrechnungsdienstleisters bei ca. 37 % der Geburten in Deutschland der Zuschlag für die Eins-zu-eins-Betreuung abgerechnet wurde.

Lucha

Minister für Soziales, Gesundheit
und Integration